

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 8 (1894)**

187 (14.8.1894)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-217258](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-217258)

# Norddeutsches Volksblatt.

169

Organ für Vertretung der Interessen  
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolphstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Gedruckt Inserate werden früher erbeten.

Er erscheint täglich  
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-  
und gesetzlichen Feiertagen.  
Preisliste bei ungetragener Stelle 10 a  
bei Abbestellungen: Rabatt.  
Verantwortlicher Hr. 4896.

Abonnement  
bei Vorauszahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . . 2,10  
für 2 Monate . . . 1,40  
für 1 Monat . . . 0,70  
incl. Postbefreiung.

Nr 187.

Bant, Dienstag den 14. August 1894.

8. Jahrgang.

## Zur Arbeiterversicherung.

Die Vereinfachung und billigere Verwaltung der auf Grund der Sozialgesetze getroffenen Arbeiter-Versicherungs-Einrichtungen, sowie eine raschere Erleichterung der Versicherungsanträge hat die sozialdemokratische Partei von allem Anfang an für bringen erforderlich befunden und bei allen Gelegenheiten dafür gewirkt. Allmählich bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß eine Reform der Kranken-, Unfall-, sowie Alters- und Invaliditätsversicherung nicht mehr lange aufgeschoben werden kann. Die Mängel der Krankenversicherung, die hohen Verwaltungskosten und die Schwerfälligkeit der Unfallversicherung, die bürokratische, schwer verständliche Organisation der Invaliditäts- und Altersversicherung kann von keiner Seite bestritten werden, selbst Regierungsvorretter geben zu, daß die Grundlage unserer Arbeiterversicherung der Kennerung bedarf. Ueber das „Wie“ gehen freilich die Meinungen sehr weit auseinander. Wir verlangen nicht nur eine Verbindung der Versicherungsanstalten, Verminderung der Verwaltungskosten und möglichst rasche Erledigung der Versicherungsanträge bei Unfällen sowie Alters- und Invaliditätsfällen, sondern auch Erhöhung der Renten, Ausdehnung der Versicherung auf Volkstheile, die jetzt der Versicherung nicht unterliegen und Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltung aller Organisationen.

Von allen Reformvorschlügen, die bis jetzt bekannt geworden sind, entspricht keiner diesen wohl begründeten Wünschen der Arbeiter. Am sympathischsten berührt uns noch eine Anregung von Dr. Freund in Berlin, welche derselbe in den „Blättern für soziale Praxis“ giebt, die alle Versicherungsanstalten in hohem Maße interessieren dürfte. Dr. Freund ist der Ansicht, daß die von ihm vorgeschlagene Organisation die gesammte Verwaltung wesentlich vereinfachen und doch wirksamer gestalten würde.

Der Verfasser zeichnet seine Organisation in folgender Weise: „Die jetzt vorhandenen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten dehnen sich zu Arbeiterversicherungsanstalten aus, denen die Durchführung der gesammten Arbeiterversicherung, also Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung, übertragen wird. Als „örtliche Organe“ dieser Anstalten fungieren für kleine Bezirke (im Umfange der jetzigen Krankenkassenbezirke) Arbeiterversicherungsdämter; diese bestehen aus einem höheren Beamten als Vorsitzenden, je nach dem Umfange der Geschäfte im Haupt- oder Nebenamt, und Vertretern der Unternehmer und Arbeiter als Beisitzer. Diesen Ämtern liegt für ihre Bezirke die Mitwirkung bei Durchführung der gesammten Arbeiterversicherung ob. Eine derartige Organisation würde an Durchsichtigkeit, Einfachheit und Billigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Die „örtlichen Organe“, die Arbeiterversicherungsdämter, würden eine intensive Verwaltung

und schnellere Erledigung der Geschäfte ermöglichen, das Risiko der Versicherung würde durch die Arbeiterversicherungsanstalten in angemessener Weise vertheilt sein. Eine der wichtigsten Aufgaben der lokalen Ämter wäre die Kontrolle über die Durchführung der Versicherung, die Einziehung der Beiträge. Diese Einziehung geschieht gegenwärtig bei den drei Arten der Versicherung auf verschiedene Weise und trägt nicht wenig zur Belästigung der beteiligten Kreise bei. Es erscheint selbstverständlich, daß bei einer Gesamtorganisation in dem ersterten Sinne die Mittel für diese in einem einzigen Beiräte, der die Gesamtkosten deckt, aufgebracht werden müssen. Was die Vertheilung der Beiträge zwischen Unternehmer und Arbeiter anlangt, so ist zu erwägen, daß zur Zeit bei der Krankenversicherung der Arbeiter  $\frac{1}{3}$ , der Unternehmer  $\frac{1}{3}$ , bei der Invaliditätsversicherung der Arbeiter  $\frac{1}{2}$  und der Unternehmer  $\frac{1}{2}$ , bei der Unfallversicherung der Unternehmer den ganzen Beitrag leistet. Hierzu kommt bei der Invaliditätsversicherung der Reichszuschuß. Warum der Reichszuschuß nur für die letztere Versicherung und nicht auch für die anderen Versicherungen geleistet wird, erscheint nicht recht begründet. Will man den Reichszuschuß durchaus beibehalten, so wird er besser als Beitrag des Reichs zur gesammten Arbeiterversicherung zu leisten und der Rest zwischen Unternehmer und Arbeiter zu theilen sein, so daß jedenfalls der Beiräte der Beitragsmarken zur Hälfte vom Unternehmer und zur anderen Hälfte vom Arbeiter zu leisten ist.“

Dr. Freund's Organisationsvorschlag würde zwei Grundforderungen der Arbeiter bezüglich des Versicherungswesens erfüllen: Die Vereinigung der gesammten Arbeiterversicherung in einer Organisation und die Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltung der gesammten Arbeiterversicherung. Die Zusammenziehung der Verwaltung aus einem Beamten als Vorsitzenden und Vertretern der Unternehmer und Arbeiter als Beisitzer findet durchaus unsere Zustimmung, wobei wir als selbstverständlich voraussetzen, daß Unternehmer und Arbeiter zu gleichen Theilen zur Verwaltung herangezogen werden. Auch die territoriale Abgrenzung der „Arbeiterversicherungsdämter“ scheint uns ein sehr brauchbarer Vorschlag, es könnte dadurch die Unterstützung in den Verhältnissen des Bezirks angepaßt und dem entsprechend auch die Beiträge reguliert werden.

Was die Beitragsleistung betrifft, so würden nach dem Freund'schen Projekt die Unternehmer nicht unerheblich entlastet, die Arbeiter höher als bisher mit Beiträgen belastet. Die höhere Belastung der Arbeiter würde aber wahrscheinlich ausgeglichen werden, wenn das Reich, welches jetzt nur zur Alters- und Invaliditätsversicherung Zuschüsse leistet, zu den Kosten der gesammten Arbeiterversicherung beizutragen würde.

Der Verfasser erwartet von dieser Reform der Or-

ganisation, daß sie der Arbeiterversicherung frische Lebenskraft zuführt; zugleich werde sie entwicklungsfähig und aufnahmefähig für weitere Aufgaben, wie für die Wittwen- und Waisenernährung, die Arbeitslosenversicherung und den Arbeitsnachweis. — Das sind ganz gesunde Gedanken, von denen wir nur wünschen möchten, daß sie in Regierungskreisen und im Reichstag auf fruchtbareren Boden fallen.

Zwei Hauptpunkte aber, die wir für die Reformierung unserer Sozialgesetze in den Vordergrund stellen müssen, läßt Dr. Freund außer Betracht: Die Erhöhung der Rente und die Verkürzung der Karenzzeit. Einem Manne, der sich so eingehend mit den Sozialgesetzen befaßt, kann es doch nicht entgangen sein, daß eine Rente von täglich 33 Pfennigen, unter Umständen nach 54jähriger Beitragsleistung, lächerlich ist. Mit Recht sind diese Altersrentner zum Rinderpott geworden. Die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes erscheint uns als Minimum der Rente und das 60. Lebensjahr als die äußerste Grenze für den Bezug. Mit der Invaliditätsrente verhält sich's in der Hauptsache ebenso; die Rente ist auch viel zu niedrig bemessen, die Karenzzeit zu weit ausgedehnt.

Auf diese Mängel des Dr. Freund'schen Vorschlages müssen wir jetzt schon hinweisen, erkennen dabei aber an, daß auch ohne Durchführung unserer Forderung die Reform der Sozialgesetze, unter Zugrundelegung der Freund'schen Vorschläge, ein erstrebenswertes Ziel ist.

## Politische Rundschau.

Bant, den 13. August.

— In den Gebirgen der Ausnahmegefeß-Schreier macht sich eine immer bedenklichere Temperatur bemerklich. „Blindwüthend, mit des Donners Krachen“ fallen sie über die Sozialdemokratie her und mag es auch noch so unlogisch erscheinen und den Thatsachen direkt widersprechen, Alles und noch etwas mehr wird auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie geschrieben. Man lese nur folgenden offenkundigen von der Hundstagszeitung beinhaltenen Wuthausbruch des „Hann. Courier“: „Dieses viel verleumdete Geseß (das Sozialistengesetz) hat Deutschland vor einem blutigen Bürgerkrieg bewahrt und die sozialdemokratische Verfeuchung des platten Landes verhindert. Daß es der Sozialdemokratie den Lebenssaft nicht weiter abgesehen hat, ist dem Verhalten der Oppositionsparteien zuzuschreiben, die, besonders bei den Beratungen im Reichstage über die jeweilige Verlängerung des Geseßes, mit ihren Vorgeleien der Umkurpartei Stromweisse Wasser auf die Mühlen lieferten. Die blöde Lebensart von Kampf mit geistigen Waffen gegen eine große revolutionäre Strömung nährt nur den Glauben an die Schwäche der bürgerlichen Gesellschaft, und die Staatsgewalt, die dem An-

## Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kröger.

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Timpe war wie umgewandelt: der Waterhols befehle ihn wieder. Sein Sohn in einer Gesellschaft bei Urban — das genügte! Er ging sofort nach dem altmodischen Schreibsekretär und langte in die Kassetten, dann sagte er:

„Hör mal, ich glaube wirklich, daß ich etwas über-eilt gehandelt habe. Steh' nur zu, daß Du die Geschäfte wieder ins rechte Geseße bringen kannst. . . . Soll ich Dir vielleicht den Gang abnehmen und Krasatte und Handschuhe selbst besorgen? . . . Es ist nicht weit.“

Franz machte seinem Vater die nöthigen Angaben und ließ ihn gehen. Nach einer Viertelstunde bereits kehrte der Alte, beladen mit mehreren Kartons zurück. Er war so gelassen, daß ihm trotz der Kälte der Schweiß auf der Stirne stand.

„Hier mein Junge — da kannst Du Dir nach Be-lieben anschauen. Ich habe Pfand gefassen, um es Dir bequemer zu machen.“

Während der nächsten halben Stunde wurde die Welt vergehen, um der Toilette Franzens willen. Johannes bürstete eigenhändig den schwarzen Gefrock säuberlich ab, und Frau Karoline prüfte zehn Minuten lang die aufgeschichteten Plättchen, ehe sie eins auswählte, das ihrer Meinung nach am tablestesten war. Was in den seltensten Fällen vorkam, das geschah heute: außer der Tischlampe mußten noch die beiden großen Kugellampen, die auf dem Spinde standen, ihr Licht in der guten Stube leuchten lassen; denn um dem Großvater nicht wieder Veranlassung zu allerlei Bemerkungen zu geben, mußte die Toilette in diesem Zimmer vor sich gehen.

Timpe und sein Weib überboten sich förmlich in Aufmerksamkeit ihrem Einigen gegenüber. Alle Augenblicke klang es an Franzens Ohr:

„Brauchst Du auch noch etwas? . . . Kann ich Dir noch behülflich sein? . . . Bergiß nur nichts . . .“

Die Krasatte wollte nicht recht sitzen; sofort waren vier Hände bereit, den lang herabfallenden weißen Knoten in die gehörige Lage zu bringen; und der Meister zog die Binde hinten am Stehragen so fest zu, daß seinem Sohne förmlich der Hals zugeschnürt wurde. Und während der ganzen Ankleidungsjene stand Franz wie ein junger Gott vor dem großen altväterlichen Trumeau und betrachtete sich mit Wohlgefallen. Die Feitur und der sprossende Bart nahmen seine ganze Theilnahme in Anspruch; namentlich lagen ihm die Spitzen des letzteren sehr am Herzen. Zuletzt glaubte er ohne Pomade ihnen nicht die gehörige Steifheit geben zu können, deren sie dringend bedurften, um ihre Wirkung vollendet zu machen. Als er darüber kaum eine Bemerkung fallen gelassen, griff sein Vater auch schon wieder zum Hut und entfernte sich schleunigst, um das Gewünschte vom nächsten Barbier zu holen.

Endlich war die Toilette fertig, warf Franz den letzten prüfenden Blick in den Spiegel. Vater und Mutter standen hinter ihm mit emporgeschobenen Lampen und waren nicht minder entzückt von ihm, als er selbst von sich. Und wenn die Blicke der beiden Alten sich zufällig begegneten, so konnte man aus ihnen die Worte lesen: Ein Prachtjunge, nicht wahr, Vater? . . . Er wird alle jungen Männer in den Schatten stellen, Alte, he? . . .

Als er dann den Hut aufgesetzt und den Ueberzieher angezogen hatte, vermerkte Frau Karoline nicht mehr zu schweigen. Sie gab ihm mit der flachen Hand einen Schlag auf den Rücken und sagte zärtlich: „Du bist ein

schöner Mensch.“ Und auch ihr Mann fiel ein: „Ein stattlicher Kerl! Du hast wahrhaftig schon das Gardemaak.“ Franz wollte gehen, als ihm einfiel, daß er etwas vergessen habe. So holte er denn noch ein Fläschchen wohlriechendes Wasser hervor und bespritzte damit sein Gesicht. Das ganze Zimmer wurde sofort von dem durchdringenden Duft angefüllt. Die Nasenflügel der Eltern erweiterten sich merklich, denn sein langer Zeit hatte man einen derartigen Wohlgeruch in dem schlicht-bürgerlichen Hause nicht verspürt.

Als Franz noch bemüht war, dem Ehepaar die Unzertrennbarkeit dieses echt französischen Odeurs von der „guten Gesellschaft“ (er betonte diese Worte ausdrücklich) auseinander zu legen, schredten sie leicht zusammen, denn sie vernahmen wie im Nebenimmer der Tod des Großvaters auf die Erde gesetzt wurde und das Geräusch seiner Tritte näher kam. Gleich darauf trat der Alte ein. Er hatte bereits längst gemerkt, daß man ihm wieder etwas zu verheimlichen versuche und von Groll erfüllt seinen Sorgenstuhl verlassen, um sich zu überzeugen, was man vorhabe. Bei seinem Vereintreten merkte er an der Lichtfülle, die auf seine Augenlider eindrang, daß etwas Außer-gewöhnliches vorgehen müsse. Als er die Thür geschlossen hatte, blieb er stehen, hob den Kopf, blähte die Nase und sagte:

„Das riecht ja hier wie in einer Apotheke. Diese ewige Geheimdüreel paßt mir nicht mehr! Ich gehöre mit zur Familie; was hier im Hause vorgeht, kann ich ebenfalls erfahren. In früheren Zeiten hatte man sich gegenseitig nichts zu verbergen, sprach offen und ehrlich mit einander, wenn es auch einmal ein paar Grobheiten gab.“

(Fortsetzung folgt.)

wachsen der revolutionären Gewalt ruhig zuseht, kann von ihrem eigenen Werte nicht überzeugt sein. Darum berührte es peinlich, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch vor Kurzem auseinandersetzte, die sozialdemokratische Bewegung sei in der Rückbildung begriffen, und man solle da nicht fähend mit gesetzgeberischen Maßnahmen eingreifen. Das eine Grenzlinie zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus nicht zu erkennen ist, zeigt neuerdings der Arbeiterkrawall in Oberschlesien, der, von Sozialdemokraten angeführt, mehreren Verloren Leben oder Gesundheit kostete. Die sozialdemokratischen Oezer haben eine Blutschuld auf sich geladen, die sie gewöhnlich, mit frechem Hohn auf übertriebene Polizeigeorgane schieben, und die Partei, die also Recht und Sitte mit Füßen tritt, läßt sich am Tage ihres 25 jährigen Bestehens in ihrem Zentro-organe nachrühmen, sie habe ein Anrecht darauf erworben, als die „größte kulturfördernde Macht des 19. Jahrhunderts“ von der Geschichte anerkannt zu werden. Solche Herausforderungen werden der Reichsregierung hoffentlich die Augen öffnen über die Rückbildung der Sozialdemokratie und sie veranlassen, ohne Rücksicht auf das Freiheitsgewinn der bürgerlichen Demokratie, Maßnahmen anzunehmen, die geeignet sind, die heutige Gesellschaft vor der „größten kulturfördernden Macht des 19. Jahrhunderts“ gehörig zu schüßen. Sagt der Reichstag Rein dazu, so wird der nächste sicher Ja sagen.“ — — — Einen Kübel Eis auf den Kopf! Das ist die einzige Rettung.

Die evangelischen Arbeitervereine, bezw. die in denselben kommunizierenden Pastoren fürchten offenbar, daß ihnen ihre Schäfchen entrinnen werden, wenn sie nicht zu den immer dringlicher werdenden Arbeiterforderungen Stellung nehmen. Zunächst haben sie es auf die Bergarbeiter abgesehen, die sie sowohl durch sozialdemokratischen als durch ultramontanen Einfluß zu verlieren fürchten. Deshalb war am Mittwoch nach Vochum eine „Delegiertenkonferenz des Ostamantverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands“ einberufen, um zu den Forderungen der Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier und zur Bekämpfung des sächsischen Bergarbeiterkongresses Stellung zu nehmen. Natürlich dominierten die Pastoren in der Versammlung und es war lieblich anzuhören, wie der Referent, Pastor L. C. Weber aus W. Gladbach, mit einigen antisozialistischen Phrasen vom Stapel ließ, um den guten Willen der „Eoangelischen“, etwas für die Bergarbeiter zu thun, zu beweisen. Aus dem ausführlichen Bericht der „Volkzeitung“ geben wir hier eine kleine Blüthenlese wieder. Der Herr Pastor sagt u. A.: „Ich bin der Meinung, die Lohnforderungen der Bergarbeiter und die Organisation haben mit dem Glaubensbekenntnis nichts zu thun. Ich bin auch als konservativer Mann nicht in der Lage, ohne Weiteres die Forderungen der Bergarbeiter gutzuheißen. Ich bin der Meinung, sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeiter wahren ihre Interessen, man kann daher beiden nicht glauben, sondern man muß die Wahrheit objektiv zu erforschen suchen. Wir müssen aber den Standpunkt festhalten, daß die Anhäufung der Reichthümer in einzelnen wenigen Händen kein gesunder Zustand ist. Es müssen Verhältnisse geschaffen werden, damit der Wohlstand sich mehr und mehr auf die breiten Schichten des Volkes vertheilt. Wenn wir diese Tendenz nicht verfolgen, dann haben wir kein Recht, der Sozialdemokratie entgegen zu treten. Nun ist ja nicht zu verkennen, daß die Löhne der Bergarbeiter seit 1891 im Sinken begriffen sind. Dies veranlaßt mich aber nicht, die Forderungen der Bergarbeiter ohne Weiteres als gerechtfertigt anzuerkennen. Allein wir dürfen es uns nicht verhehlen: die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist unüberbrückbar, so lange dem Arbeiter nicht ein Minimum gesichert wird. Der Verzicht der Schichtbauer ist zweifellos das Wort zu reden. Wir haben als evangelische Christen und als Staatsbürger die Pflicht, zu verlangen, daß das Wohl der Arbeiter nicht dem Wohl der Reichen geopfert werde. Wenn Reichen nicht bestehen können, ohne die Arbeitsdauer derartig zu verlängern, daß die Gesundheit des Arbeiters Schaden leidet, dann mögen sie ihren Betrieb einstellen und möge der Staat diese Reichen ankaufen. Es ist zu bedauern, daß die Mehrheit unserer Nationalökonomie den Weltverkehr, den Export u. in Betracht ziehen, niemals aber das Wohl der Arbeiter. Es liegt auch im dringenden Interesse des Staates, das Wohl des Arbeiters und nicht bloß die Produktion im Auge zu haben.“ Das alles klingt im Munde eines Pastors recht hübsch. Aber er verrät sich selbst, daß das Eintreten für die Arbeiter nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist. Man will sich das Recht damit erwerben, gegen die Sozialdemokratie aufzutreten mit dem Hinweis, die „berechtigten“ Forderungen der Arbeiter ebenfalls zu vertreten. Ein weiterer Zweck liegt darin, gegen die Konkurrenz der Ultramontanen aufzukommen. Darum erklärte Pastor Weber weiter: „Wir müssen an einer Organisation der Arbeiter mitarbeiten, die losgelöst ist von aller Religion und allem politischen Parteiwesen. Wir müssen die Arbeiter in diesen Bestrebungen unterstützen, wenn wir die Konkurrenz mit den Ultramontanen bestehen wollen.“ In rein wirtschaftlichen Fragen darf die Religion und die politische Parteilichkeit der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Die Zeiten, in denen das Volk auf eine von oben ausgegebene Parole gehorcht, sind vorüber. Es mag dies ja in gewissem Sinne zu bedauern sein. Wenn wir aber die Fühlung mit dem Volke nicht verlieren wollen, dann sind wir genöthigt, in's Volk hinabzusteigen und müssen uns an dem Kongress in Essen möglichst zahlreich betheiligen.“ Nachdem noch einige Pastoren, ein Kaufmann, ein Redakteur, ein Verbandstag und auch ein Arbeiter gesprochen, wurde einstimmig beschlossen: den Bergarbeiterkongress, der am

26. August in Essen stattfindet, zu beschicken, und zwar ausgeprobenemassen mit der Motivierung, daß man auf der Hut sein müsse, „damit die Ultramontanen oder rothen Sozialdemokraten nicht die Oberhand gewinnen“. — Die Bergarbeiter werden hoffentlich auch auf der Hut sein und die evangelischen Gimpelstücker abfallen lassen.

Ueberall Klagen. Der Jahresbericht des Kellereis Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft für 1893 sagt über den unbefriedigenden Geschäftsgang des letzten Jahres: „Der Zahl und dem Gewichte nach überwiegen jene Stimmen weit, welche das Geschäftsjahr 1893 ungünstig beurtheilen. Die Gründe für dieses Ergebnis mögen vielfach noch in dem fortbauenden Rückschlag der Ueberproduktionsperiode 1887/90 zu suchen sein. Zahlreich sind noch immer die Klagen über Ueberproduktion, über daraus folgende scharfe Konkurrenz und allzu gedrückte Preise. Auf der anderen Seite vermisst man eine genügende Kaufkraft in der breiten Masse der Bevölkerung. Das Verlangen nach Billigkeit der Waare drännte die Rücksicht auf die gute Beschaffenheit in unliebsamer Weise zurück; es herrschte ein weit verbreitetes Streben, den Verbrauch auf das Nothwendige einzuschränken, wodurch fast alle Luxus-Industrien einer fast verminderten Nachfrage begegneten.“ — Eine wesentliche Verringerung ist hierin auch in dem laufenden Jahr noch nicht eingetreten. Da sollte man endlich zur Erkenntniß der Nothwendigkeit kommen, die Kaufkraft der breiten Masse energisch aufzubessern. Aber die über den nächsten direkten Vortheil nicht hinausgehende kapitalistische Kurzsichtigkeit sängt grade am entgegengesetzten Ende an und beschränkt die Kaufkraft durch Reduzirung der Löhne noch mehr.

Mit der Reform der Militärstrafprozessordnung ist es vorläufig wieder nichts. Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird berichtet, daß der bayerischen Staatsregierung keine Mittelung über einen neuen Entwurf zur Reform der Reichsmilitärjustiz zugegangen ist.

Aus Sachsen. Die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt erläßt folgende Bekanntmachung: „Da das Veranlassen von Demonstrationen durch das Aufspielen oder Abhängen parteipolitischer Lieder bei Gelegenheiten der Abhaltung öffentlicher Tanzvergügen mit dem Zwecke dieser Vergügen unvereinbar ist, auch derartige Demonstrationen geeignet erscheinen, bei den Anwesenden, die anderen Richtungen angehören, Anstoß zu erregen und zu Konflikten, somit aber zu Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu führen, so wird im Einvernehmen mit dem hiesigen Bezirksausschuße alles Aufspielen und Abhängen parteipolitischer und tendenziöser Lieder, wie z. B. der Arbeitermarschall, des Arbeiterbundesliedes, des Ernter Sozialistensmarsches und von dergleichen Liedern bei Vermietung einer Ordnungstrafe bis zu 150 M. beziehentlich 14 Tage Haft hiermit untersagt.“ Die Dinge in Sachsen werden nachgerade mehr komisch als tragikomisch. Der sächsische Generalstaatsanwalt hat den Erlaß an seine Beamten, nach welchem sie sich der Mitgliedschaft bei den Militärvereinen enthalten sollen, einen Kommentar gegeben. Man hat, und auch wir, den Erlaß so gedeutet, daß auch der Generalstaatsanwalt anerkenne, daß die Militärvereine politische Vereine seien, was sie ja nach ihrem Gehahren in Sachsen und auch anderwärts thatsächlich sind. Diese naheliegende Deutung scheint dem Herrn Generalstaatsanwalt unangenehm geworden zu sein und sie wird deshalb als auf einem „Missverständnis“ beruhend erklärt. In einer Erklärung des amtlichen „Dresd. Journal“ heißt es:

„Dieser Sinn hat der Verfügung fern gelegen, durch die vielmehr ein gleicher, in Bezug auf politische Vereine im Jahre 1891 ausgesprochener Wunsch über seinen Rahmen hinaus auf Vereine ausgedehnt worden ist, die an sich nicht unter die frühere Verfügung fallen würden. Veranlassung zu der neueren Verfügung haben die vielfachen in Bezug auf Militärvereine hervorgetretenen Angriffe und Streitigkeiten gegeben, die auch wiederholt schon die Strafgerichte beschäftigt haben. Das Motiv beider Verfügungen ist aber dasselbe, nämlich der Wunsch die Staatsanwaltschaften bei ihren amtlichen Entschliessungen thunlichst gegen den Vorwurf der Befangenheit sicher zu stellen. Deshalb ist auch der Wunsch nur an die ersten Staatsanwälte und an die ihnen im Sinne von § 145 des Gerichtsverfassungsgesetzes beigeordneten Beamten gerichtet, nicht auch, wie in mehreren Zeitungen irrtümlich gemeldet worden ist, an die staatsanwaltschaftlichen Subalternbeamten.“

Auch in diesem Sinne ist die Verfügung nicht un begründet; immerhin aber könnte der Generalstaatsanwalt einmal Veranlassung nehmen, sich mit der politischen Vereinqualität oder der politischen Thätigkeit der Kreisgerichte etwas näher zu beschäftigen. — In der Anwendung des Groden-Insug-Paragrafen, geht bekanntlich Sachsen Allen mit leuchtendem Beispiel voraus. So hat die Zwickauer Amtshauptmannschaft jetzt verfügt, daß künftighin auch derjenige wegen „groben Insugs“ zu bestrafen ist, welcher durch Anschlag, Zeitungen und Flugblätter oder in Veranlassungen die Gesinnungsgenossen auffordert, daß sie nur in bestimmten, von der Parteilichkeit namhaft gemachten Geschäften ihre Einkäufe besorgen sollen. Das Motto „Kauft nicht bei Juden“ scheint die Amtshauptmannschaft nicht unter den „groben Insug“ rubriziren zu wollen. Ob die Anfechtung der sehr ansehnlichen Berechnung sehr sächsischen Gerichten etwas nutzen wird, ist freilich sehr zweifelhaft. — Nicht weniger ist bekannt, daß in Sachsen die Witbe des „neuen Rufes“ am besten zu verspüren ist. So ward Genesie Anton Strunz in Zwickau in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur des sächsischen Bergmannsorgans „Mick Ruf“ am Mittwoch wegen Privatbeleidigung des Bergdirektors Weigel hier, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Gegen das Verhalten des

Leipziger Stadtraths in der Bürgerrechts-Angelegenheit werden am 14. August in Leipzig Protestversammlungen abgehalten werden.

In dem Zeugnißzwangsverfahren gegen den Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Bösch, um den Einseiner eines vertraulichen lanerärztlichen Zirkulars zu ermitteln, hat das Landgericht, wie zu erwarten war, der Beschwerde stattgegeben und den Beschluß des Amtsgerichts aufgehoben, der gegen Bösch 50 M. Strafe, eventuell eine Woche Haft festsetzte. Bösch hat sich bekanntlich geweigert, als Zeuge dem Richter Antwort zu erteilen, weil ihn auf Veranlassung des Rieberkammer Landtraths befragte, um wenn ihm, bezw. der Redaktion des „Vorwärts“, jene strenggeheimen Erlasse zugegangen seien, die den Geist preussischer Staatskunst zu beleuchten geeignet waren. In dem Beschluß des Landgerichts ist anerkannt, daß der Versuch, Genossen Bösch zur Zeugnisabgabeung in einem Disziplinarverfahren gegen „Unbekannt“ zu zwingen, jeglicher gesetzlichen Grundlage entbehrt und gegen Artikel 8 der preussischen Verfassung verstößt. Sehr erquicklich war, wie fast ausnahmslos die bürgerlichen Blätter nach Mitteilung über die Einleitung des Zeugniszwangsverfahrens unserem Genossen Bösch prophezeiten, daß er durch Haft bis zu 6 Monaten gesungen werden würde, als Folge darzulegen, ob er die Willkür des Herrn Landtraths zu befreiben vermöge. Daß ein solcher Zwang und damit ein Zwang zu denunziiren auch mit den landläufigen Begriffen von Anstand und Ehre unvereinbar, verlannte allerdings selbst jener Prestitabentrost nicht. Wegen den Beschluß des Landgerichts steht der Staatsanwaltschaft das Recht der Beschwerde zu. Ob sie von diesem Recht noch Gebrauch machen wird, steht dahin.

Pastor Kaumann, der Vereinsgeistliche der Innern Mission in Frankfurt a. M., ist, wie bekannt, zum Geistlichen des Südwestdeutschen Vereins für Innere Mission ernannt worden. Man war geneigt, in dieser Ernennung eine Maßregelung Kaumanns wegen dessen stark sozialistischer Anschauungen und sozialpolitischer Thätigkeit zu erblicken. Ueber die Umstände, die zu der „veränderten Stellung“ des Pfarrers Kaumann Veranlassung gegeben haben, erzählt jetzt die „Frankf. Ztg.“, daß es zunächst das Konfitorium war, das an dem von Kaumann in den sozialen Fragen angenommenen Standpunkt Anstoß fand. Namentlich beanstandet wurden die Aeußerungen Kaumanns in der im Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung in der „Weißen Lide“ zu Bornheim, wo der frühere evangelische Pfarramtssandibat Th. v. Wächter sprach. Kaumann sagte damals u. a.: er habe in den Ausführungen Wächters mehr gefunden, in dem er mit Wächter übereinstimme, als worin er sich von ihm trenne.“ Das Konfitorium, das nach dem in Frankfurt geltenden Kirchenrecht eine gewisse Disziplinargewalt hat auch über Geistliche, die privatim hier wirken, aber das Recht zu predigen haben, forderte den Vorstand des evangelischen Vereins für innere Mission, der Kaumann angeheilt hat, auf, dem mißliebigen gewordenen Geistlichen einen Verweis zu erteilen. Der Vorstand lehnte ab, morauf das Konfitorium den Verweis selber erteilte. Das gab den Freunden Kaumanns, die sich sagten: daß Kaumanns bisherige Stellung daraufhin doch nicht lange mehr haltbar sei, Veranlassung, ihm in seiner nunmehr veränderten Stellung eine größere Unabhängigkeit zu geben. Uebrigens soll das Konfitorium auch dem Pfarrer Dattenberg für dessen Verhalten in der Arbeiterfrage, speziell für die Aeußerungen auch dieses Geistlichen in der oben erwähnten „Allen“-Versammlung einen Verweis erteilt haben.

Die Erzeffe in Antonienhütte werden natürlich im Interesse des Kapitals nach jeder Richtung ausgebeutet. So wird dem „Vorwärts“ aus Jahre berichtet, daß man im ganzen Bergrevier bei den Vertrauensleuten des Bergarbeiter-Verbandes gehausucht und alle auf den Verband bezüglichen Schriften, Verbandsbücher u. beschlagnahmt hat. Was der Verband mit den Vorfällen zu thun hat, ist zwar nicht ersichtlich, aber die — Grubenlords werden es wohl so haben wollen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 10. August. Ueber die Versorgung der Hinterbliebenen der bei der Karwiner Grubenkatastrophe umgekommenen Bergleute schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“: „Karlberg Stripel arbeitete als Häuer am graß. Karwinischen Franziska-Schacht, Grube Nr. 17, in Karwin durch vier Jahre. Bei der Zanifatastrophe wurde er getödtet. Seiner hinterbliebenen Wittwe und seinen zwei Kindern hat die Grubenlabenverwaltung eine jährliche Pension von 26 Gulden (der Gulden 2 Mark) bemessen, den Kindern eine außerordentliche Unterstützung von 12 Gulden jährlich. — Die hinterbliebene Mutter des Bergarbeiters Johann Duda, 19 Jahre alt, gleichfalls bei der Katastrophe umgekommen, hat weder eine Abfertigung, noch eine Unterstützung, noch irgend etwas aus den außerordentlichen Sammlungen erhalten; sie soll warten, ob etwas übrig bleibt! Der getödtete Sohn war die einzige Stütze seiner Mutter, die infolge der Verunglückung ihres Mannes auf den Werken des Grafen Larich seit dem Jahre 1881 Wittwe ist. Eine Pension hat die Frau auch damals nicht erhalten. So hat die arme Frau den Gatten und Sohn im Dienste des Kapitals verloren und erhält dafür ein großes Nichts! — Franz Duda arbeitete beim Larich acht Jahre und als er im Juni umkam, erhielt seine Wittwe eine Provision von 26 Gulden 60 Kreuzer jährlich und der gnädige Herr Graf verleiht ihr jährlich aus Privatmitteln 42 Gulden. Sie erhält also im Ganzen 69,60 Gulden jährlich, und was das Besondere dabei ist, die Werkverwaltung hat die ganze Summe unter dem Titel „Provision“ eingestellt. Die Unterstützung von 50 fl., die den Wittwen aus den Sammelgeldern gewährt wurde,

wird derselben bei jeder Gelegenheit vorgeworfen. Den bei der Raubthat ungelommenen Vergewaltigten wurde bei der Auszahlung ihres Lohnes an die Hinterbliebenen der Breuerarbeitenbeitrag und der Leuchtmittel-Absatz für den ganzen Monat abgezogen, während sie nur einen halben Monat gearbeitet hatten. — Der Bergmann Franz Hatt und sein löblicher Sohn blieben nach der Raubthat in der Grube. Die Witwe bekommt 2,10 Gulden monatlich Provision, ihren zwei Kindern will man gar nichts geben, weil sie angeblich nicht in Karwin geboren sind. Außerordentliche Unterstützung hat sie gar keine erhalten. So schaut es aus mit der „Verforgung“ der Wittwen und Waisen der unglücklichen Opfer von Karwin, das sind die Wohltaten unserer Arbeiter-Versicherung!

Frankreich.

Paris. Dem französischen Ministerpräsidenten Dupuy scheint, nachdem er eben dem Anarchistenfugende glücklich entronnen, eine neue Gefahr zu drohen. Der „Figaro“ veröffentlicht einen Auszug aus einer Broschüre über ministerielle Intelligenz, die Victor Desrozières, ein früherer Geheimagent des Ministeriums des Innern, demnachst veröffentlicht. Der Geheimagent theilt mit, er sei im Juli 1893 kurz vor den Wahlen von dem Polizeipräsidenten Leprieux Namens des Ministers Dupuy beauftragt worden, mit Drumont zu verhandeln. Die Regierung habe Drumont angeboten, dessen Kandidatur für ein Deputirtenmandat in Personne offiziell zu unterstützen und 28000 Franks zu den Wahlkosten beizuführen. Dafür sollte Drumont sich zu einer gewissen Neutralität gegenüber dem Präsidenten der Republik, dem ganzen Ministerium und den hauptsächlich durch Panama compromittirten Deputirten Rouvier, Durbeau und Kréne verpflichten, bis die Wahlen vorüber seien. Seine Angriffe konnte er gegen die radikale Linke richten. Drumont habe das Anerbieten abgelehnt, worauf der Polizeipräsident dem Mitarbeiter Drumonts an der „Nbre Parole“, Boisandre 5000 Frks. habe versprochen lassen, falls er Drumont zur Annahme bestimme. Boisandre habe ebenfalls abgelehnt. Die Broschüre besichtigt ferner die Subventionirung der „Cocarde“ durch Dupuy nach Ducret's Verurtheilung unter der Bedingung, daß das Blatt die Panamisten schon und die Radikalen angreife.

Aus Stadt und Land.

Bant, 13. August. Am Montag den 27. August findet in Jever in Jansens Gasthaus eine Amtsraths-Sitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1) Zweite Lesung der Beschlüsse des Amtsraths vom 9. Juli d. J. betreffend die bauliche Veränderung des Sophienkisses und die Beschaffung anderweiter Isolirräume. 2) Vorlage, betreffend Gewährung eines Zuschusses zu dem Bau einer Longirhalle. 3) Wahl des zweiten ständigen Mitgliedes und der Achtmänner, sowie der Ersatzmänner zur Stierführungs-Kommission. 4) Schreiben des großherzoglichen Amtes, betreffend Vorschläge zur Erneuerung eines Aichtmannes in der Röhrungs-Kommission für die Beförderung der Verbeugung an Stelle des zum ständigen Mitgliedes der Röhrungs-Kommission ernannten Landwirths R. Lobe zu Ender-Seefeld.

Bant, 13. August. In den letzten Tagen erhielten hier mehrere Lehrer Prospekt des in Berlin neugegründeten Blattes „Deutsche Tageszeitung“ zugelandt, wie auch dem „Wilhelmsh. Tagbl.“ solche Prospekt einer Nummer beigegeben waren. Die Lehrer wurden mit den Prospekten bedacht, um für die Einführung des Blattes in den Kreisen, in welchen sie Einfluß haben, Sorge zu tragen. Es ist das eine starke Zumuthung an die Lehrer. Wenn die Tendenz des Blattes noch so sehr verschleiert ist, so ist doch für den Kenner zweifellos, daß wir es hier mit dem neuen Organ des Bundes der Landwirths zu thun haben. Die Lehrer werden sich schon bedanken, denen Dankbargendienste zu leisten, welche die denkbar größten Feinde ihres Standes und der Volksbildung sind. Außerdem wird die Tendenz des Blattes auch ersichtlich durch die Wahl des Redakteurs. Der frühere Leiter des Organs der sächsischen Konservativen und Agrarier, des „Waterland“, Dr. Dertel ist zum Re-

daiteur erkoren. Ueber den Inhalt des Prospektes braucht, nachdem man den Vogel an den Federn erkannt hat, nicht viel gesagt zu werden, und können wir uns getrost dem anschließen, was der „Vorwärts“ darüber sagt. Er schreibt:

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirths, verleiht auf rothem Papier ihrem Prospekt, reichlich vertheilt, die besten Organ für sie, und nennt sie ihre parteiliche Zeitung. Damit schließt sie schon dem im Gesicht, dem sie dienen will, der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Sie läßt, wenn sie sagt, sie will ein Blatt sein für den, der draußen hinterm Hügel oder drinnen in der Werkstatt seine schlichte, harte Arbeit verrichtet, dem hauptsächlich will sie im Interesse des Großgrundbesitzes das Volk bezeichnen, sie wehrt gegen den so stumpfsinnigen Großarbeit abwendigen Sozialismus. Mit ob nicht grade die Agrarier, die das Blatt gründen, die Landarbeiter jahrbüchertal zu Großarbeit gestungen hatten und wieder zwingen möchten. Das Blatt behauptet, Stellung nehmen zu wollen gegen alle Auswucherung und Schädigung der deutschen Arbeit. Würde es das thun, so müßte es gegen die Böse eintreten, die die böseartige Auswucherung im größten Maße bedeuten. Das wird das Blatt nicht thun, sondern für eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintreten. Aus diesen Schritten erhebt man, daß das Organ des Bundes der Landwirths keine unparteiliche Zeitung sein kann, daß Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit in ihr nicht gefunden werden kann. Die Deutsche Tageszeitung wird fassen und veröffentlichen wie ihre Konkurrenten. Ihr Redaktor hat am „Leipziger Vaterland“ eine treffliche Schule nach dieser Richtung genommen.

Wilhelmshaven, 13. August. Beim Kohlenübernehmen erlegte sich am Sonnabend Morgen auf dem Banjer „Friedrich der Große“ ein bedauerlicher Unglücksfall. Um die Arbeit schneller zu beenden, war zur Anordnung des ersten Offiziers der sich drehende Wanzenturm mit zu Hilfe genommen, indem um diesen die Tawe geschlungen, mit welchen die Kohlenförde heraufgezogen wurden. Ein im Thurm sich befindlicher Arbeiter war nun gerade im Begriff, heraufzutreten, als derselbe wieder in Bewegung gesetzt wurde, hierbei gerieth der Bedauernswerthe mit einem Bein unter die Räder, welche ihm dasselbe bis dicht unter das Knie buchstäblich zermalmt.

Elternburg, 12. August. Zur Richtigstellung. Der „General-Anzeiger“ vom Sonnabend bringt eine Notiz, betitelt „Worbanfall auf einen Glasarbeiter“, die angeblich aus authentischer Quelle stammt. Dies können wir nicht bestreiten und glauben auch, daß die Notiz wohl deshalb so tendenziös gefärbt ist! Wir bedauern allerdings den Vorfall, umso mehr, da unsere hiesige Rahmung zur Ruhe von unseren Kollegen allseitig befolgt wurde. Aber nach jener Notiz sieht es aus, als ob die ausständigen Arbeiter wie mordende Horden den Hüttenarbeitern nachstellten. Nach von uns angestellten Ermittlungen verhält sich die Sache also: Als am Freitag Abend ein junger Glasarbeiter auf der Station Elternburg auf Posten stand und sich mit dem Bahnwärter unterhielt, kam eine Anzahl Glasarbeiter und andere Arbeiter von der Hütte die Bremer Chaussee herunter und ergingen sich die Leute ohne die geringste Veranlassung in allerlei Drohungen gegen den Posten. Der verlegte Döhlendorf setzte ihm dabei einen Revolver auf die Brust und drohte, ihn zu erschießen, wenn er nicht seinen Posten verließ. Demein blieb weiter nichts übrig, als zu gehen. Später am Abend ist dann der Vorfall passiert. Aber nicht die streitenden Glasarbeiter bildeten eine „Rote“, sondern umgekehrt, und sind dem Döhlendorf die Stiche nicht einmal von Streitenden beigebracht, sondern vermutlich von anderer Seite. Wie uns versichert wird, ist der verhaftete Wirth an der Affäre ganz untheilhaftig. Wie tendenziös die gedachte Notiz ist, ersehen die Leser schon daraus, daß Döhlendorf als ein tüchtiger, solider und fleißiger Arbeiter hingestellt wird, während er in Wirklichkeit schon vor länger als einem Jahre von der Direktion wegen fortwährender Bummellei entlassen und als Glasarbeiter nicht mehr beschäftigt wurde, sondern vor Ausdruck des Streiks auf dem Schloßbau arbeitete. Doch das ist für uns Nebensache. Für uns gilt nur die Frage: Wer sind die Provokatoren? Wenn sich die Leser versehenwärtigen, daß die Nachtwächter der Glasblüte vorige Woche ohne jede Veranlassung mitten in der Nacht in das Haus eines streitenden Arbeiters eindrangen, wenn man sieht, wie die Streikbrecher in corpore, demofnet mit Knüppeln und Revolvern, ja mit einem

Gewehr, provozirend durch den Ort ziehen, dann glauben wir zu der Annahme berechtigt zu sein, daß die Provoktion wohlorganisiert und nur darauf berechnet ist, die Streikenden zu Unbesonnenheiten zu veranlassen, um politisch über gar militärische Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Wir werden als Gesamtheit diesen Wunsch nicht erfüllen und keine Veranlassung geben zu einem zweiten Märztag. Dürst! Aber wenn die zahlreichen, um ihre Existenz kämpfenden Familienväter sehen, wie zweifelhafte Elemente ihnen nicht allein den Sieg zu vereiteln, sondern auch noch zu provozieren suchen, dann ist es wirklich kein Wunder, wenn Dilemmen oder Jemem in gerechtem Zorn die Galle überläuft. Dies den verehrl. Lesern zur Orientierung aber den „Worbanfall“. Den maßgebenden Behörden aber geben wir anheim, den Provokatoren das Handwerk zu legen, insbesondere deren Kaffister, da wir sonst für nichts garantieren können! Die angeführten Fälle sind zur Anzeige gebracht und werden wir ja sehen, ob die Thäter bestraft werden oder ob den „Getreuen“ der Direktion das Faustrecht verbleiben ist. Die Streikkommission.

Zu dem Vorfall bemerken wir noch, daß als Folge davon die Wirthschaften Abends um 10 Uhr geschlossen werden müssen und ein Gensdarm auf der Kolonne „Ramerun“ intermit wurde, wahrscheinlich um die leerstehenden Fabrikhäuser auf Staatskosten zu bewachen. Es fehlt nur noch, daß der Belagerungszustand über Elternburg verhängt wird, — dann ist Schulze's Wunsch erfüllt. Aber den Ausständigen ist es egal, wenn auch ganz Elternburg mit Militär belegt wird; sie verfolgen ruhigen Schrittes ihr Ziel und werden es auch mit Hilfe der Arbeiterschaft erreichen! Das möge sich Schulze hinter die Ohren schreiben!

Bermischtes.

— Eine heftige Typhusepidemie ist in dem kleinen Dorfe Bödinghausen (Kreis Frankenburg) ausgebrochen. Es wurden einige zwanzig Schwerefranke konstatirt. Mehrere Diakoninnen sind zur Hilfeleistung aus Kassel entsandt worden.

— Vergnabigung. Vergangenen Dienstag wurde der Brudermörder Gerhardt aus Steinach (S. M.) von Rudolstadt, wofolst er vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt worden war, nach Saalfeld gebracht, am Donnerstags früh 6 Uhr durch den bereits eingetroffenen Scharfrichter Reindel enthauptet zu werden, da der Herzog auf das Recht der Vergnabigung verzichtet hatte; da traf in Folge nachmaligen telegraphischen Mittheilung des Delinquenten ebenfalls telegraphisch die Nachricht der Vergnabigung ein. Herzog Georg hat bisher noch nie ein Todesurtheil bestätigt, beim. ausführen lassen.

Lüttung.

Für die streitenden Glasarbeiter in Elternburg gingen ferner ein:  
Durch Kartentverkauf: 3. 320, 4. 400, 5. (i. d. Schm.) 2,30, 6. (Hf. G.) 2,60, 7. (verhört) 2,40, 8. 12,40, 9. (Schleifer) 10,00, 10. 1,40, 11. (Zor) 7,80, 12. 8,00, 13. (Hf. G.) 8,60, 14. 12,00, 15. 5,00, 16. 5,00, 17. 1,00, 18. 2,00, 19. 6,00, 20. 11,60, 21. 23,00, 22. 5,00.  
Berichtigung: In der Lüttung in Nr. 175 muß es statt 4, 3,00 lauten: 4. (i. d. G.) 9,00.  
An freiwilligen Beiträgen: Von Reglern in Kartenspiel 1,50, 2. 0,30, von fidelem Schafstößler 1,00, 3. 4,00, 4. 2,00, 5. 2,00, gesammelt auf einer roten Hochzeit 1,12, rothe Kegel in Enderwisch 3,30, Nachkassant 2,00, 6. 2,00, 7. 2,00, 8. 2,00, 9. lustige Gesellschaft beim Schmaßklappen 2,80, 10. u. a. aus der hiesigen Wölbe 2,00, fidele Gesellschaft d. 3,00, 3. 2,00, 4. 2,00, 5. 2,00, 6. 1,00, 7. 1,00, 8. 1,00, 9. 1,00, 10. 1,20, 11. 2,00, 12. 2,00, 13. 2,25, 14. 3,45, 15. 2,40, 16. 8,50, 17. 8,50, 18. 2,35.  
Zusammen Rf. 317,42, bisher quittirt Rf. 308,49, Summa Rf. 3401,91.  
Die Kartellkommission.  
A. K. R. Schmecke

Die Redaktion.

Kauf Listen: Nr. 31 5. 21,75, 32 5. 2,40, 192 5. 6,00, 174 5. 3,90, 179 Jever 8,10, 180 Jever 4,80, 182 5. 2,40, 180 J. 3,50, 178 5. 5,75, 113 5. 6,50, 114 5. 7,25, 115 5. 8,40, 116 5. 7,90, 135 5. 7,25, 136 5. 3,45, 129 5. 2,40, 187 5. 8,50, 139 5. 2,35.

Schwafser.

Dienstag den 14. August . . . Vorm. 11,37 Nachm. —

**Bekanntmachung.**  
Das Ministerialexemplar der diesjährigen Einkommensteuer der Gemeinde Heppens liegt vom 13. bis zum 27. August d. J. im Bureau des Unterzeichneten zur Einsicht der Steuerpflichtigen aus.  
Etwasige Reklamationen, in Folge deren, wenn sie unbegründet gefunden werden, den Reklamanten die veranlassenen Kosten zur Last fallen, auch die Reklamanten noch höher zur Steuer veranlagt werden können, sind innerhalb 3 Wochen nach dem Ablauf der Auslegungszeit, also vor dem 17. September d. J. bei Strafe des Ausschlusses bei dem Vorstehenden des Schätzungsausschusses der Gemeinde Heppens, Herrn Amtshauptmann Zedelius in Jever, anzubringen und zu begründen.  
Heppens, den 11. August 1894.  
**Der Gemeindevorsteher.**  
Athen.

**Ehren-Erklärung.**  
Die über den Schulknaben W. Voostmann, Austräger des „Norddeutschen Volksblattes“, ausgesprochene Verleumdung nehme hiermit zurück.  
J. Frier.

**Zu verkaufen**  
zwei junge schwarze Pudel.  
Näheres in der Expedition d. Bl.

**Waaren-haus**  
**B. H. Bührmann.**

**Steppdecken**  
Stück 2,50 Mk.

**Zu vermietthen**  
zum 1. November eine dreiräumige Unterw. Th. Burghard, Friederichstraße 1.

**Zu vermietthen**  
zum 1. November eine kleine separate Wohnung. Miethpreis monatl. 8,50 M.  
A. Brüggemann, Grenzstr. 54.

**Empfehle:**  
Geräucherter ammerl. Mettwurst,  
à Pfd. 50 Pf.  
Prima Schmalz à Pfd. 55 Pf.  
Flomen-Schmalz à " 70  
Süßrahm-Margarine à " 65  
Neue Emdener Fetheringe à Stück 5 Pf., 6 Stück 25 Pf.

**J. Franke,**  
Neue Wilhelmshavenerstraße.

**Zu vermietthen**  
zum 1. November eine vierräumige Wohnung mit Keller und Stall.  
Neue Wilhelmshavenerstraße 18.

**Zu vermietthen**  
eine Oberwohnung auf sofort oder später.  
C. Bruns, Kohlenhändler, Bant.

**Gesucht**  
ein ordentlicher **Wohnw.wohner** für Stube und Schlafk. Neue Wilhelmshavenerstr. 5. 2 Tr.

**Gesucht**  
Krankheit halber auf sofort ein erfahrener Mädchen. Ed. Janssen, Neubremen.

Im Verlage der „**Volkswacht**“ in Breslau erscheint demnach, anlässlich der diesjährigen Wiederkehr des

**Todesstages**  
**Ferdinand Lassalle's**  
eine  
**Gedenkschrift**

deren Inhalt ausschließlich dem Leben und Wirken Lassalle's gewidmet ist. Das Titelblatt trägt die 24x33 cm große, vorzüglich gelungene Abbildung der auf dem Breslauer Friedhofe sich befindenden Grabstätte Lassalle's.

Die Festschrift ist 8 Seiten groß, auf weißem satiniertem Papier gedruckt und kostet nur **10 Pfennige**. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. Zu beziehen durch alle Kolporteur.

Bestellungen bitten wir bis zum 15. August an uns gelangen zu lassen, damit wir annähernd die Auflage feststellen können.

Verlag der „**Volkswacht**“.

**Wulf & Francksen**  
172



Anstellung fertiger Betten.

**Einschläfige Betten**  
Nr. 10

aus roth-grün gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	10,25
Unterbett	10,25
2 Kissen	7,—
	Mk. 27,50
zweischläfig	Mk. 31,—

**Einschläfige Betten**  
Nr. 10b

aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	13,50
Unterbett	13,50
2 Kissen	9,—
	Mk. 36,—
zweischläfig	Mk. 40,50

**Einschläfige Betten**  
Nr. 11

aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett	17,50
Unterbett	17,50
2 Kissen	10,—
	Mk. 45,—
zweischläfig	Mk. 50,50

**Einschläfige Betten**  
Nr. 12

Oberbett aus rothem Daunensüßer, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett	22,—
Unterbett	20,50
2 Kissen	12,—
	Mk. 54,50
zweischläfig	Mk. 61,—

**Hotel zum Banter Schlüssel.**

Heute Dienstag:

**Großer öffentl. Ball.**

Hierzu ladet freundlichst ein

**Wittwe Janssen.**

**Vereins- u. Concerthaus, Zur Arche.**

Dienstag, 14. August:

**Großer öffentl. Ball.**

Tanzabonnement

für den ganzen Abend 1 Mk.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

**C. Heilemann.**

**Hotel zur Krone, Bant.**

Heute Dienstag:

**Großer öffentlicher Ball.**

Entree frei.

11 Uhr Gratis-Verloofung.

Tanzabonnement 1 Mk.

Es ladet höflichst ein

**J. F. Gloystein, Bant.**

**Central-Halle Bant.**

Dienstag den 14. August:

**Großer öffentlicher Ball.**

Entree frei.

Es ladet freundlichst ein

**C. Bwingmann Wwe.**

**Achtung!**

Bringe zur gest. Kenntniz, daß ich nach wie vor die Steuern und sonstige Abgaben nach jeder von jedem Einwohner in Bant und Umgegend besorge.

**Herm. Starke,**  
Bant, Werftstraße 8.

Ein fast erblindeter Mann sucht eine leere Stube oder Kammer zu mietzen. Näheres Barleerstraße 15, oben.

**Regelfest in Eckwarden**

am 18. und 19. August in Müller's Garten.

Es ladet zu zahlreichem Besuch freundlichst ein Das Komitee.

**Zur Beachtung!**

Den Mitgliedern des Banter Konsum-Vereins hiermit zur gest. Kenntniz, daß ich für meine sämtlichen Waaren auch Marken in Zahlung nehme.

**H. Sollanders,**  
Buchbinder.

**Zu vermietzen**

ein möbliertes Zimmer für 1 Herrn. Bme Wägener, Borchstraße 15, I.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Christel, allen Freunden und Kollegen, welche ihm das letzte Geleit gaben, sowie dem Herrn Pastor Bier für die trostreichen Worte am Grabe, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank.  
D. Gitter nebst Familie.